

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Preisprophet Nr. 22.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Erscheint jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 70 S., bei Zustellung ins Haus 1. 70 S., bei allen Postanstalten 1. 80 S. inklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 S.

Bestellungen werden angenommen: Für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 S., die Restzeile 30 S. Geringster Inseratenbetrag 40 S. Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Zwangssinnung für das Konditor = Handwerk betreffend.

Vom Konditor Paul Lange in Bischofswerda und Genossen ist beantragt worden anzuordnen, daß innerhalb des Bezirks der Königl. Kreisshauptmannschaft Bautzen sämtliche Gewerbetreibende, die das Konditorhandwerk ausüben, der neu zu errichtenden Zwangssinnung für das Konditor-Handwerk angehören müssen.

Von der Königl. Kreisshauptmannschaft zu Bautzen mit der kommissarischen Vorbereitung deren Entschliebung beauftragt, mache ich hierdurch bekannt, daß die Äußerungen für oder gegen die Errichtung dieser Zwangssinnung schriftlich oder mündlich in der Zeit vom 30. Mai bis 11. Juni 1910 bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann während des angegebenen Zeitraumes werktäglich von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags in den Diensträumen der Ratskanzlei erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, die im Bezirk der Königl. Kreisshauptmannschaft Bautzen das Konditor-Handwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Äußerung mit dem Bemerkten auf, daß nur solche Erklärungen, die erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangssinnung zustimmt oder nicht, gültig sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Äußerungen unberücksichtigt bleiben.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß nur die innerhalb des obigen Zeitraumes bei mir eingehenden Äußerungen für oder gegen die Errichtung der Zwangssinnung gezählt werden, daß folglich die für Errichtung der Zwangssinnung bereits abgegebenen Erklärungen für die Abstimmung nicht in Betracht kommen, und von Erlaß der Zwangsverfügung auch dann abgesehen werden muß, wenn innerhalb der gestellten Frist Äußerungen Beteiligter bei mir überhaupt nicht eingehen sollten.

Bautzen, am 25. Mai 1910.

Der Kommissar.
Dr. Jahn, Bürgermeister.

Das Neueste vom Tage.

Der Staatsminister Graf Bismarck von Saldern hielt zur Feier des Geburtstags des Königs eine bemerkenswerte politische Ansprache, in welcher er beklagte, daß die Beziehungen des Staatsbürgers zum Staate die rechte Wärme vermissen lassen. (Siehe Sonderbericht.)

Der italienische Minister des Äußern San Giuliano ist in Begleitung seines Kabinettschefs nach Berlin abgereist.

In Neuchâtel ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den streikenden Steinarbeitern, welche den Bahnhof noch immer besetzt halten, und Militär gekommen. (Siehe Frankreich und Drahtnachrichten.)

Der Inspektor der Detektivpolizei in Moskau Muratow wurde von einem Anarchisten durch 3 Revolverkugeln niedergestreckt.

Ein Erdbeben verursachte die Zerstörung eines Teiles der Ortschaft Fontenay (Schweiz). Fünf Wohnhäuser sind vollständig verschüttet worden. Unter den Trümmern liegen drei Familien begraben. Bis jetzt sind fünf Leichen geborgen.

Der nächste Reichshaushaltsplan.

In den einzelnen Reichsressorts wird jetzt bereits mit der Vorbereitung der Anmeldungen zum Reichshaushaltsplan für 1911 vorgegangen. Während in Preußen die Einzelressorts ihre Requirierungen beim Finanzministerium bis zum 1. September einzureichen haben, läuft diese Frist im Reich bis zum 1. August. Daß in der Finanzlage des Reiches kein Anlaß vorliegt, mit anderen als unbedingt notwendigen Forderungen hervorzutreten, ist bekannt. Wenn auch das Etatsjahr 1909 für die Reichskasse einen Überschuß gebracht hat, so ist doch der Rest der danach immer noch verbleibenden ungedeckten Ratifularumlagen

desselben Jahres außerordentlich groß. Teilweise wird er im Etat für 1911 abgeändert werden müssen. Die Einnahmementwicklung des Reiches ist, wie aus den jüngst mitgeteilten Zahlen über die Erträge aus Zöllen, Steuern und Gebühren des April hervorgeht, durchaus nicht günstig. Notwendige Neuausgaben müssen mit beträchtlichen Summen in den nächstjährigen Etat eingestellt werden. Außer der schon erwähnten Abbürdung der ungedeckten Ratifularumlagen für 1909 kommen hier die Seeres- und Flottenausgaben, die Steigerung der Reichsschuldentilgung, die Übernahme der bisher durch den Invalidenfonds gedeckten Ausgaben u. a. in Betracht. Aus alledem geht hervor, daß von anderen Neuausgaben, wie von denen, die als Konsequenzen früherer Beschlüsse anzusehen sind, im nächstjährigen Reichshaushaltsplan wohl nicht viele Berücksichtigung finden können. Noch mehr als dem Etat für 1910 wird dem für 1911 die Sparsamkeit ihren Stempel aufdrücken. Dagegen wird man die Verrückung der Meldungen zunächst abwarten müssen, nach der das Reichschatzamt bei dem Bundesrat die Erschließung neuer Steuerquellen beantragen wolle, wenn die Resteinnahme des Reiches im Mai nicht besser sein sollte, als im April.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Rekord eines deutschen Kreuzers. Der neue Riesenkreuzer von der Tann, der am Dienstag zu einer Geschwindigkeitssahrt bis Nordorney aus-gelassen war, hat dabei anstatt der ausbedungenen 25 Seemeilen eine Höchstgeschwindigkeit von 28 Seemeilen erreicht.

Die Anlage von Ankerplätzen für Luftschiffe in Deutschland macht erfreuliche Fortschritte. Neuerdings haben neben Mannheim auch Seidelberg und Karlsruhe Ankerplätze angelegt; auch Wiesbaden beabsichtigt die Errichtung eines Ankerplatzes.

Die Verhandlungen im Baugewerbe. Zu den morgen beginnenden Verhandlungen im Reichsamt des Innern, die einen Friedensschluß im

Baugewerbe herbeiführen sollen, nehmen u. a. als Delegierte des Deutschen Arbeitgeberbundes die Herren Felich-Berlin, Bends-Leipzig und Rood-Dresden teil. Verhandlungsleiter sind Geh. Rat Wiedfeld vom Reichsamt des Innern, Oberbürgermeister Deutler-Dresden und Gerichtsrat Trenner-München. An der Spitze des „Vorwärts“ erscheint ein Appell an die organisierte Arbeiterschaft zur finanziellen Unterstützung der Ausgesperrten.

Schutz der Wälder. Bei der Beratung der verstärkten Gemeindef Kommission des preuß. Abgeordnetenhauses über den Antrag betr. die Erhaltung der Wälder in der Umgebung volkreicher Städte teilte der Vertreter der Regierung mit, daß die Regierung für Großberlin 8000 Ha., davon 3000 Hektar vom Grunewald, vom fiskalischen Besitz als Dauerwald zugestanden habe. Mit der Frage der Überlassung, ob Verkauf oder Verpachtung, werde die Regierung sich demnächst befassen. Darauf wurde die Frage der Erhaltung des Waldes um Berlin bis zur Entschliebung der Regierung vertagt.

Oesterreich.

Die Schiffsabgaben. Die böhmischen Holzindustriellen haben an das österreichische Handelsministerium die Bitte gerichtet, die Holzflößerei auf der Elbe abgabefrei zu erhalten, da sonst die böhmische Holzindustrie nach Deutschland ganz aufhören müßte.

Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses verteidigte der Eisenbahnminister Erba bei der Beratung des Voranschlages des Eisenbahnministeriums die Eisenbahnverwaltung gegen die erhobenen Angriffe. Die bisherige Verschlechterung der Erträge der Staatsbahnbetriebe beruhe vorwiegend auf einer rapiden Steigerung der Betriebsausgaben. Er müsse entschieden die Anregungen betr. einen Verkauf oder eine Verpachtung des Staatsbahnnetzes ablehnen. Bei einem Zusammenwirken aller Faktoren erscheine die Lage der Staatsbahnen durchaus nicht so trostlos, wie sie aus verschiedenen Motiven dargestellt werde.